Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 24. Sonnabend, den 25. März 1933. 82. Jahrgang.

Joel und die Propheten.

„Senator, Ihre Angriffe auf das Privateigentum klingen verdammt sozialistisch." „Hol euch der Teufel! Ich habe noch keine Zeile Marx in meinem Leben gelesen. Aber das verspreche ich: in sechs Wochen kann ich das Land wieder auf die Beine bringen. Mit der Bibel und etwas Negerphilosophie kommt man weiter als mit allen ökonomischen Theorien." Das war die Frage an und die Antwort vom Senator Huey Long, Gouverneur des Staates Louisana in den Vereinigten Staaten. „In meinem Staate bin ich Kaiser" pflegt er zu sagen. Er mobilisierte die Nationalmiliz, wenn es ihm gefiel, und führte alle paar Monate einen Kreuzzug gegen die 500 Spiel- und Lasterhöhlen von New Orleans. Obwohl selbst ein guter Boxer, leistet er sich eine Leibwache, die die ihm zugedachten Prügel mit Zinsen an seine politischen Feinde zurückzahlt. Jeder Skandal war ihm recht, solange nur von ihm gesprochen wurde. Eine schöne Sensation, die einige Monate vorhielt, brachte ihm die Anklage, er habe einen politischen Nebenbuhler umbringen wollen. Als das vorüber war, machte sich Huey den Spaß, den Kommandanten des deutschen Kreuzers „Emden" in grün-goldenen Seidenpyjama zu empfangen. Am Tage darauf borgte er sich von Freunden Cutaway und Zylinderhut und stattete de la Piere eine offizielle Entschuldigungsvisite ab.

Bis 1930 war Huey in U. S. A. außerhalb des Staates Louisiana eine keineswegs besonders angenehme Persönlichkeit. Dann kam er in den Senat. Niemals, seit den Tagen des ersten Präsidenten, hat das würdige Oberhaus eine so exzentrische Figur aufgenommen wie den wild gestikulierenden, kauenden, spuckenden Baptisten-Senator aus dem Pelikanstaat. Als radikaler Demokrat gewann er schnell die Führung des linken Flügels der Roosevelt-Partei. Sein erster Coup war der Antrag, Einkommen über eine Million Dollar und Erbschaften über fünf Millionen wegzusteuern. So will es die Heilige Schrift, erklärte Long. Mit väterlichem Lächeln lehnte der Fraktionsvorsitzende Robinson den Antrag des „grünen" Senators ab, aber er machte sich Long zum offenen Feind. Long brachte andere Anträge ein, er befürwortete die Kurzarbeitswoche mit Hinweis auf Hosea und das Buch Deuteronomium. Er wetterte gegen übermäßige Zinsen, verfluchte den Wucher und zitierte Joel, seinen Lieblingspropheten, den er pöllig auswendig hersagen kann. Seine Senatsreden sind nicht immer einfach zu verstehen, gewöhlich ist sein Geist der Zunge schon weit voraus, und er läßt viele Sätze unvollendet. Wenn er spricht, wirbelt sein ganzer Körper. Die Arme drehen sich im Kreise wie Windmühlenflügel, und der ganze Mann vibriert. Heute verlangt er bedingungslose Inflation, morgen den Bimetallismus. Er gibt offen zu, daß er 10000 Dollar in Gold gehortet hat, weil er den „verfluchten Sparbanken" nicht mehr traut. Long ist gewiß kein Finanzfachmann, aber als Feind seines Kollegen, des Senators Glaß, fühlt er sich verpflichtet, gegen dessen Bankreformgesetz zu opponieren. Er hat die Verhandlung des Senats zu diesem Gesetz vierzehn Tage durch Dauerpredigten aufgehalten. Longs Vitalität ist unbeschreiblich. Er ist Tag und Nacht im Betrieb, er beschäftigt eine Reihe von Sekretären und nützt das Privileg der Portofreiheit postsackweise aus, wenn es darum geht, seinen Feind, Senator Carter Glaß, zu bekämpfen.

Uns Kontinentaleuropäern will eine Parallele zu Huye Long in den Weg laufen. Falsch wäre es, wie in jenem Falle, den bibelfesten Senator nicht ernst zu nehmen. Er will und wird so sogar recht ernst genommen. Den geschlossenen Süden hat er hinter sich und verfügt über eine enorme Anhängerschaft. Wenn es nach dem Wunsch und Willen Huye Longs geht, will er das nächste Mal ins Weiße Haus kandidieren.

Politische Uebersicht.

Der Brotkorb wird höher gehangen.

Warschau. Der Ministerrat hat neue Einfuhrdrosselungsmaßnahmen beschlossen, die am 24. März mit Befristung bis zum 10. Oktober 1933, d. h. bis zur Rechtswirksamkeit des neuen Zolltarifs in Kraft treten. Bei 59 verschiedenen Zolltarifpositionen mit ihren zahlreichen Untergruppen ist die Wareneinfuhr verboten worden. Von diesem Einfuhrverbot werden vor allem betroffen die Einfuhr von Stahl und Eisen, Leder, Nahrungs- und Futtermittel, Sämereien, Tonwaren, chemische Produkte, Maschinen, Apparate, Metallerzeugnisse, photographische Platten und Filmstreifen, Präzisionsgeräte, Kunstseide, Kammgarne, Faserstoffe und Gewebe sowie Musikinstrumente, Lastkraftwagen, Automobilteile und Reifen, Eisen- und Stahlbleche sowie Erzeugnisse aus Eisen- und Stahlblech, Druckereifarben, synthetische Farbstoffartikel, Lacke Gerbstoffextrakte, Verbrennungsmotore, Ventilatoren, Handpumpen, Wirkmaschinen, Mühlenmaschinen, alle Apparate für den Hausgebrauch, Cliches und Filme, Präzisionswerkzeuge, elektrische Energiezähler, Treibriemen, Brillen und Brilleneinfassungen, Bilder und Zeichnungen, Flachs, gekämmte Wolle, Leinen, Linoleum, eine Reihe von Chemikalien, Ziegel- und Bausteine u. a. m. Von Fall zu Fall kann das Einfuhrverbot mit besonderer Genehmigung des Handelsministers aufgehoben werden. Solche Waren, die sich vor Inkrafttreten der Verordnung in Post-, Eisenbahn- oder Zollagern befinden oder bis zum Tage des Inkrafttretens der Verordnung zur Ausfuhr nach Polen aufgegeben wurden, unterliegen dem Einfuhrverbot nicht. Ebenso sind von dieser Neuregelung diejenigen Waren ausgeschlossen, deren Einfuhr den Bestimmungen über den kleinen Grenzverkehr oder über den Veredelungsverkehr unterliegt.

Was ist Marxismus?

Essen. Der schwebende Lohn- und Tarifstreit im Ruhrbergbau ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Zechenverband und den deutschen Bergarbeiter-Verbänden beigelegt worden. Das bisherige Lohnabkommen ist ohne jede Aenderung um ein halbes Jahr bis zum 30. September 1933 verlängert worden. Der Gauvorstand der Essener nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation hatte z. Zt. die Kündigung des Lohnabkommens durch die Arbeitgeber mit einer Kundgebung beantwortet, die mit folgendem Satz eingeleitet wird: „Die Zeiten sind endgültig vorüber, in denen marxistische (sic!) und profitgierige Aktionäre die deutsche Volkswirtschaft gefährdeten."

Der Sumpf des Liberalismus und Bolschewismus.

Berlin. Für die Geistesströmung innerhalb der nationalsozialistischeen Bewegung liefert eine Betrachtung des Chefredakteurs Alfred Rosenberg im „Völkischen Beobachter" zum Potsdamer Staatsakt einen Beitrag:

„Am 21. März wird die Revolte von 1918 staatsrechtlich überwunden. — Am 21. März beginnt die Sterbestunde des Marxismus. — Am 21. März stirbt die Staatsanschauung der letzten 150 Jahre, am 21. März vergeht aber auch endlich das Mittelalter. — Die deutsche Revolution marschiert anders als die französische und russische. Sie ist tiefer und größer, sie ist umfassender und gewaltiger. Sie predigt Gedanken, die allein auch die anderen noch wertvollen Nationen des Abendlandes anerkennen müssen, wenn sie nicht im Sumpf des Liberalismus und Bolschewismus vergehen wollen."

Werden die Nationalsozialisten allein regieren?

Berlin. Zur Frage der Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen erklärte der Führer der nationalsozialistischen Fraktion im Preußischen Landtage Abg. Kube: Wie stark wir Nationalsozialisten noch oft mißverstanden werden, geht aus der Haltung der bürgerlich nationalen Presse vom 19. März hervor, die aus meinem letzten Leitaufsatz schließen will: Ausgerechnet ich setze mich für eine Ministerpräsidentschaft Papen ein! Gründe des politischen Taktes verbieten es mir, diese Frage jetzt erschöpfend zu behandeln. Die preußische Fraktionsführung der N. S. D. A. P. aber setzt sich unter meiner Leitung für ein rein nationalsozialistisches Preußenkabinett und für eine rein nationalsozialistische Politik ein.

Politik und Kirche.

Berlin. Reichskanzler Hitler und Reichsminister Dr. Goebbels, die bekanntlich beide katholisch sind, haben ihr Fernbleiben vom Eröffnungsgottesdienste in der katholischen Kirche in Potsdam amtlich damit erklären lassen, daß die katholischen Bischöfe von Deutschland in einer Reihe von Erklärungen Führer und Mitglieder der Nationalsozialisten als Abtrünnige bezeichnet haben. Eine dem Episkopat nahestehende Korrespondenz veröffentlicht folgende Gegenerklärung:

Die amtliche Erklärung über das Fernbleiben des Reichskanzlers Hitler und des Reichsministers Dr. Goebbels von dem katholischen Gottesdienst in Potsdam ist geeignet, die innere Verantwortung zu verschieben. Nicht der deutsche Episkopat trägt die Schuld daran, wenn Hitler es für richtig hielt, von dem katholischen Festgottesdienst fernzubleiben, nicht die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist ein Hindernisgrund, ein katholische Kirche zu betreten. Es ist vielmehr, wie durch Erklärungen des für Adolf Hitler zuständigen Münchener Pfarramts festgestellt wurde, so, daß Adolf Hitler dort niemals als Kirchenbesucher in Erscheinung getreten ist; auch konnte nicht festgestellt werden, ob er den von der Kirche vorgeschriebenen österlichen Pflichten genügt hat. Jeder Katholik weiß, welche Konsequenzen die Kirche daraus zieht, wenn ein Katholik sich von dem positiven Glaubensleben ausschließt. Es handelt sich hier um Maßnahmen und Meinungen des deutschen Episkopats, sondern um heiligste Grundsätze und Glaubenslehren der Kirche.

Das gleiche gilt für den Reichsminister Dr. Goebbels.

Deutschland und das Ausland.

In den außerdeutschen Ländern macht die Presse bemerkenswerte Aeußerungen zu den deutschen innerpolitischen Vorgängen.

London. Die „Times" schreiben u. a. Die Exzesse, die im Innern vorgekommen sind, sollten ausländische Staatsmänner nicht davon abbringen, vorurteilslos die deutschen außenpolitischen Forderungen wie die jeder anderen Regierung zu prüfen. Würde man dann zu dem Schluß kommen, daß bestimmte Artikel des Friedenvertrages brutal waren oder daß ihre Anwendung gegenwärtig nicht mehr gerechtfertigt ist, so sollten sie ohne Zögern modifiziert oder gestrichen werden. Eine Fortdauer der berechtigten deutschen Verstimmung würde nur fortgesetzte Unruhe für ganz Europa bedeuten.

New-York. „New York Herold Tribune" erklärt im Leitartikel: „Die Freunde Deutschlands sollten mit aller Macht auf Wiederherstellung der Pressefreiheit drängen. Die Hauptquelle der bitteren Angriffe auf Deutschland ist offensichtlich der Mangel an authentischen Nachrichten. Nach einstimmigem Urteil derer, die Deutschland kennen, besteht keine Gefahr für Gewalttätigkeiten gegen Fremde. Aber so lange die Beschränkung der öffentlichen Meinung andauert, werden die Gerüchte weiterverbreitet, wird die Furcht anhalten."

Paris. Den Ansprachen des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers bei den Potsdamer Staatsakt haben die Pariser Berichterstatter weniger Aufmerksamkeit geschenkt als der Anwesenheit aller Prinzen und Generäle; sie unterstreichen besonders, daß in ihrer Mitte auch ein Platz für den ehemaligen Kaiser freigelassen worden sei.

Um den Reichstagsbrand.

Berlin. Der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hat dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda folgende Mitteilung zur Veröffentlichung übergeben: „Die bisherigen Ermittelungen haben ergeben, daß der als Brandstifter des Reichstagsgebäudes verhaftete holländische Kommunist van der Lubbe in der Zeit unmittelbar vor dem Brande nicht nur mit deutschen Kommunisten in Verbindung gestanden hat, sondern auch mit ausländischen Kommunisten. Die in Frage stehenden Personen befinden sich in Haft. Dafür, daß nichtkommunistische Kreise mit dem Reichstagsbrande in Beziehung standen, haben die Ermittelungen nicht den geringsten Anhalt gegeben."

Deutsche Künstler im Auslande.

Berlin. Dem Dirigenten Bruno Walter ist bekanntlich die Ausübung seiner Tätigkeit durch einen direkten Eingriff des Reichsministers für Propaganda Dr. Goebbels unmöglich gemacht worden. Bruno Walter hat aus diesem Grunde einen Ruf des Amsterdamer Konzertgebouw-Orchesters Folge geleistet und wird im Haag, Rotterdam, Amsterdam und Haarlem Konzerte dirigieren.

Antideutsche Agitation in Amerika.

New-York. Die deutschen Kreise in Amerika beobachten mit steigender Besorgnis wie infolge zahlreicher Meldungen aus Europa deutschfeindliche Agitation an Boden gewinnt. Die deutsch-amerikanische „New-Yorker Staatszeitung" widmet diesem Problem einen Leitartikel. Sie greift die sonst sehr gemäßigte „New-York Times" heftig an, weil diese sich aus Paris ausführliche Depeschen kabeln läßt, mit sensationellen Darstellungen über angebliche Vorgänge in Deutschland.

„Die alte Zeit, dünkt mich erneut . . ."

Stuttgart. Der Polizeikommissar für Württemberg hat das satyrische Witzblatt „Simplizissimus" bis auf weiteres verboten.

Deutsch-tschechoslowakische Verständigung?

Berlin. Die Reichsregierung hat durch die Prager deutsche Gesandtschaft bei den zuständigen Stellen offiziell ihre Verhandlungsbereitschaft notifiziert, um zu einer Vereinigung des Devisenkonfliktes zwischen beiden Staaten zu gelangen. Da sich die deutsche Einladung jedoch nur auf Verhandlungen über eine Regelung des Zahlungsverkehrs erstreckt, nicht aber auf eine Regelung des Warenverkehrs, so habe sich die Tschechoslowakei die Stellungnahme zu der Einladung vorbehalten.

Tschechoslowakisch-deutsch-ungarisch-ruthenisch-polnisch.

Prag. Das Abgeordnetenhaus hat 2 weitere deutsche Abgeordnete der Strafverfolgung ausgeliefert und zwar die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Scholich und Dr. Hassold. Dem Abgeordneten Dr. Hassold wird vorgeworfen, daß er in einer Versammlung den Ausdruck gebraucht habe, „tschechoslowakisch ist ein häßliches Wort". Dr. Hassold erklärte in seiner Verteidigungsrede, es sei Geschmacksache, welches Wort einem gefalle. Die deutschen Parlamentarier seien den Berichten von Spitzeln ausgeliefert; einem solchen sei er zum Opfer gefallen. Tatsächlich habe er gesagt: „Tschechoslowakisch ist eine falsche Bezeichnung". Das Wort „falsch" habe der Spitzel mit häßlich übersetzt. Daß tschechoslowakisch eine falsche Bezeichnung sei, behaupte er auch jetzt noch. Der Staat müßte richtig heißen: tschechoslowakisch-deutsch-ungarisch-ruthenisch-polnisch.

Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz.

Bukarest. Die rumänische Regierung hat die Einladungen zur Konferenz der Agrarstaaten versandt. Die Konferenz tritt am 28. April in Bukarest zusammen, um die Möglichkeit einer gemeinsamen Stellungnahme der Agrarstaaten auf der Weltwirtschaftskonferenz zu prüfen. Weiter wird die Konferenz die Bewährung des Präferenzsystems und die Schaffung eines internationalen Fonds studieren, der die finanzielle Situation der Staaten im Sinne der Konferenz von Stresa erleichtern würde.

Auch Präsident Roosevelt spielt den Exekutor.

Washington. Entgegen anders lautenden Gerüchten gibt das Weiße Haus bekannt, daß Roosevelt nicht die Absicht habe, vom Kongreß eine Vollmacht zu verlangen, wonach er die Aufschiebung oder Einstellung der Kriegsschuldenzahlungen gestatten kann. Roosevelt, so wird erklärt, erwarte im Gegenteil die Zahlung der fälligen Raten.

Aus Pleß und Umgegend

50. Geburtstag. Malermeister Kulas in Tichau beging am 21. d. Mts. seinen 50. Geburtstag.

Turn- und Spielverein Pleß. Auf die heut, Sonnabend, abends 8 Uhr, im „Plesser Hof" stattfindende Mitgliederversammlung des Turnvereins wird nochmals hingewiesen. Der Vorstand legt Wert darauf, daß die Mitglieder möglichst vollständig erscheinen.

Einbrecher am Werk. Die außerhalb der geschlossenen Ortslage gelegenen Wohnhäuser werden wieder einmal von Einbrechern heimgesucht. Aus der Waschküche des Gebäudes der alten Oberförsterei wurden Wäschestücke im Werte von 600 Zl. entwendet. Aus einem verschlossenen Keller in Schloß Ludwigswunsch sind eingemachte Früchte und Obstweine geraubt worden.

Heimgefunden.

Roman von M. Blank-Eismann.

(36. Fortsetzung.)

Du bist eine brave Frau, der ich alles verdanke, was ich geworden bin, und Brigitta hat sich ja mit ihrer Bildung und ihrer sogenannten Kunst einen reichen Mann erobert. Freilich wissen wir nicht, ob sie in ihrer Ehe glücklich geworden ist, denn darüber äußert sie kein Wort; aber von Rosi verlange ich, daß sie dem Handwerk treu bleibt."

Frau Helling wagte keine Einwendung. Sie hatte zwar abwehrend eine Hand gehoben, aber ihr Gatte ließ sie nicht zu Worte kommen. So schwieg sie jetzt und schaute mit müden Lächeln vor sich hin.

Paul Frommhold aber erklärte:

„Et ist meine eenzige Sorge, det Fräulein Rosi jetzt in dem Hause des reichen Großindustriellen Malten so sehr verwöhnt wird, det et ihr dann in dem Heim eines bescheidenen Schlossermeisters nicht mehr jefallen wird —"

„Unsinn! Sie sind doch jetzt auch ein reicher Mann, Frommhold. Sie können Ihrer Frau eine sorglose Zukunft und ein schönes Heim bieten."

„Das möcht ick so jerne, Meester. Ick würde der jlücklichste Mensch unter der Sonne sein, wenn Fräulein Rosi mich lieb hätt und meine Frau werden wollte!"

Da faßte Wilhelm Helling die rechte Hand seines Gesellen, drückte sie fest und rief:

„Rosi wird Ihre Frau, Frommhold! Dafür bürge ich Ihnen. In acht Tagen wird die Verlobung gefeiert und mit der Hochzeit wollen wir auch nicht lange warten, denn ich möchte mich gern vom Geschäft zurückziehen, um in Ruhe meine alten Tage zu verleben. Bei Ihnen, Frommhold, und bei meiner Rosi aber weiß ich mein Geschäft in besten Händen. Wir zwei sind also einig. Nun fassen Sie Mut und erklären Sie sich Rosi, wenn sie heimkommt. Ich werde ihr noch heute schreiben, daß wir sie bald zurückerwarten!"

Frommhold erhob sich. Er preßte und schüttelte die Hände der beiden alten Leute und sein strahlendes Lächeln verriet deutlich, wie groß seine Freude war. Dabei sagte er:

„Nun muß ich aber in die Werkstatt, denn die Arbeit drängt uns, es ist noch kein Feierabend."

Er verließ das Zimmer.

Als sich die Türe hinter ihm geschlossen hatte, schauten die beiden Alten einander an.

Dann kam ein schwerer Seufzer aus Klara Hellings Munde. Sie murmelte:

„Wenn nur Rosi mit diesem Handel einverstanden ist!"

Da schlug der alte Helling abermals auf den Tisch und schrie:

„Sie wird einverstanden sein! Darauf kannst du dich verlassen, Klara. Ich werde dem Mädel schon Vernunft beibringen, wenn es irgendwelchen dummen Träumen nachhangen sollte. Da uns kein Sohn beschieden ist, muß eine von unseren Töchtern das Geschäft übernehmen, damit es in der Familie bleibt, damit einmal meine Enkelkinder die Früchte meiner Arbeit ernten. Ich habe das Geschäft von meinem Großvater geerbt und hochgebracht, ich will, daß es auch weiterhin in der Familie bleibt, und da Rosi jetzt noch unsere einzige ist, muß sie sich meinem Willen unterordnen und die Braut und Frau Frommholds werden. Damit basta!"

Er erhob sich, faßte wieder nach seinem Stock und wandte sich der Türe zu.

Noch einmal drehte er sich nach seiner Frau um und blieb stehen, als erwarte er eine Entgegnung.

Doch da sie schwieg, verließ er mit finsterem Gesicht das Zimmer.

Frau Klara Helling aber saß noch lange am Tisch und hing ihren Gedanken nach. In ihren Augen perlten Tränen.

Mit zuckenden Lippen flüsterte sie:

„Arme kleine Rosi!"

11.

Es war spät geworden, als Herward Malten und Rosi Helling heimkehrten. Sie hatten auf dem Heimweg nur von den letzten Ereignissen gesprochen.

Als sie das Speisezimmer betraten, war der Tisch nur für zwei Personen gedeckt und das Mädchen erklärte, daß sich Frau Brigitta bereits auf ihr Zimmer zurückgezogen und wegen einer schweren Migräne zur Ruhe begeben habe.

Herward Malten wollte sofort zu ihr eilen, um sich nach ihrem Befinden zu erkundigen, aber das Mädchen äußerte, daß die gnädige Frau ausdrücklich wünsche, von niemand gestört zu werden.

Da im gleichen Augenblick ein telephonischer Anruf kam, der Herward Malten zu einer wichtigen Besprechung in den Klub rief, so blieb Rosi allein. Sie begab sich zu Brigittas Zimmer und klopfte dort an.

Aber die Schwester öffnete nicht und bat dringend, sie allein zu lassen. Rosi fügte sich und ging in ihr Zimmer. (Forts. f.)

Bekämpfung des Bettlerunwesens. Vom Städtischen Hilfskomitee wird mitgeteilt:

Seitens der Bürgerschaft werden vielfach Klagen geführt über das zu sehr verbreitete Bettlerunwesen. Diese Klagen sind nur zu sehr berechtigt. Eine Menge — meist auswärtiger — Leute hat sich unsere Stadt als ein anscheinend besonders ergiebiges Gebiet ausgesucht, wo sie die Güte der Bürgerschaft mißbraucht. Daher hat man nicht die geringste Gewähr, ob das gespendete Almosen in bedürftige und würdige Hände gelangt. Der größte Teil der sich als Arbeitslose vorstellenden Bettler, sind Leute, die selbst dann nicht arbeiten würden, wenn sie Arbeit hätten. Mitleid gegen solche Leute ist völlig unangebracht; es regt sie nur zu Landstreicherei und Faulenzerei an. Bürger, die sich von solch falschem Mitleid leiten lassen, züchten nur schädliche Schmarotzer am gesunden Volksorganismus. Damit sollte man endlich aufhören. Gegenwärtig hat jede Ortschaft ein Hilfskomitee, das für seine Arbeitslosen sorgt. Daher sollte jeder für Unterstützungszwecke ausgegebene Groschen an die Kasse des Hilfskomitees gehen. Das gäbe eine Gewähr für zweckentsprechende Verwendung der Gelder. Gemäß eines Beschlusses des Arbeitslosen-Hilfskomitees wird daher die verehrte Bürgerschaft ersucht, an die Bettler keine Almosen zu geben. Wer jedoch den Bettlern unbedingt etwas geben will, der gebe niemals Geld, sondern die vom Hilfskomitee eingeführten Zwei-Groschen-Bons. Diese, in roter Farbe ausgegebenen Bons, sind bei Herrn St. Ringwelski am Ringe, Frau Elenora Górska, gegenüber dem Gericht und Herrn Rudolf Pajonk an der ul. Dworcowa zu haben. Die Einlösung dieser Bons findet in der Stadt-Hauptkasse statt und zwar von den Bettlern direkt. Die Verabfolgung von Ware für die Bons ist unzulässig. —

Die Regelung des Almosengebens, die das Städtische Hilfskomitee innegehalten zu wissen wünscht, deckt sich mit einem Vorschlage, den wir vor einiger Zeit in unserem Blatte machten. Es wird nun an der Bürgerschaft liegen, sich mit dieser Ordnung vertraut zu machen, die, wenn sie genau innegehalten wird, uns vor dem Zuzuge unerwünschter Elemente bewahren wird.

Werdet Mitglieder des Beskidenvereins! 40 Jahre sind es her, daß einige begeisterte Männer zusammentraten, und den Beskidenverein Bielitz (damals Sektion Bielitz-Biala des Beskidenvereines) ins Leben riefen. In diesen Jahrzehnten hat der Beskidenverein Bielitz die Beskiden von der Brennitza bis zu den Ausläufern der Babiagora für den Touristenverkehr erschlossen, die Bevölkerung unserer Heimat zur Touristik erzogen. Die Schutzhäuser: Kamitzerplatte, Klementinenhütte, Josefsberg, Lipowska, Babiagora, die Rodelhütte, die Touristenstation Salmopol, mehr wie 300 km erstklassige Markierungen, Tourenkarten und Führer, ausgedehnte Wegherstellungen, eine reiche touristische Literatur usw. legen beredtes Zeugnis ab von der vorbildlichen Arbeit des Beskidenvereins Bielitz im Interesse der Volksgesundheit und Volkswirtschaft. Ein Kulturwerk ist in diesen 40 Jahren erstanden, das nicht nur seinem Umfange, sondern auch seinem Zwecke und seiner Qualität nach der Heimat zum Stolze gereichen kann. An diesem Werke hat jeder seinen Anteil, der im Laufe der 40 Jahre dem Beskidenverein durch seinen Mitgliedsbeitrag die Mittel an die Hand gegeben hat, seinen gemeinnützigen Zielen nachzustreben. An uns, die wir heute eine fast fertige Arbeit übernehmen, tritt das Gebot heran: Was Du ererbt von deinen Vorgängern hast, erhalte es um es zu besitzen. Dazu ist Geld notwendig, recht viel Geld. Die einzige Einnahmsquelle des Beskidenvereines Bielitz sind die Mitgliedsbeiträge. Am 40. Jahrestage der Gründung des Beskidenvereines Bielitz richtet der Beskidenverein an seine Mitglieder darum die dringende Bitte; ihm die Treue zu halten und ihm durch Erlag des Jahresbeitrages die Möglichkeit zu geben, das Kulturwerk, das er in vier Jahrzehnten schaffen konnte, zu erhalten. Der Beskidenverein Bielitz wendet sich aber auch an alle anderen Touristen, die in den Beskiden wandern, mit dem ernsten Appell: Touristen, die Ihr auf Schritt und Tritt die Früchte des Beskidenvereines Bielitz genießet, sei es, daß Ihr Euch von den Markierungen, von den Karten und Führern führen läßt, sei es, daß Ihr in den gastlichen Schutzhäusern nach des Tages Wanderung Zuflucht sucht, es ist „Eure moralische Pflicht, dem Beskidenverein als Mitglied beizutreten." Ein starker Stamm von Mitgliedern wäre für den Beskidenverein Bielitz der beste Dank für seine 40jährige uneigennützige Arbeit.

Liebe Bergfreunde! Hinein in die Organisation des Beskidenvereins Bielitz. Jeder Beitritt, jeder Beitrag ist ein willkommenes Geschenk für den Beskidenverein zu seinem 40. Geburtstagsfeste! Dr. Ed. St.

Diesem Aufruf wird sich die hiesige Ortsgruppe des Beskidenvereins Bielitz um so lieber anschließen, als sie die ganze Zeit des Bestehens des Bielitzer Vereins hindurch und seit 1911 als eigene Sektion die Bestrebungen des Beskidenvereins mit aller Hingabe gefördert hat. An alle hiesigen Bergfreunde ergeht die Aufforderung die Reihen des Vereins zu stärken. Die Geschäftsstelle dieses Blattes erklärt sich bereit, Mitgliedsanmeldungen entgegenzunehmen und weiterzuleiten.

Aus der Wojewodschaft Schlesien.

Das Kohlenabkommen wurde nicht erneuert.

Am 1. November 1930 war zwischem dem Oberschlesischen Steinkohlensyndikat in Gleiwitz und der Allgemeinen Polnischen Kohlenkonvention ein Verständigungsabkommen über den Absatz nach Oesterreich und Ungarn geschlossen worden, das praktisch am 1. Januar 1931 in Kraft trat und mengenmäßige und preisliche Bindungen enthielt. In dem Abkommen waren Vierteljahrskontingente festgesetzt worden, von denen 13,48 Prozent auf Deutschoberschlesien entfielen. Ferner hatten sich beide Teile zur Einhaltung gewisser Mindestpreise verflichtet, um das in beiden Ländern besonders ungünstige Preisniveau zu heben. Da die Kohleneinfuhr nach Ungarn seit einiger Zeit nur gegen besondere Einfuhrerlaubnis erfolgt und fast auf Null gesunken ist, so hatte das Abkommen nur noch bezüglich der Ausfuhr nach Oesterreich Bedeutung. Die polnische Kohlenkonvention wandte sich nun an das Gleiwitzer Steinkohlensyndikat mit dem Vorschlag einer Erneuerung des am 31. März abgelaufenen Abkommens. Dieses Ersuchen wurde jedoch vom Gleiwitzer Steinkohlensyndikat abgelehnt. Infolgedessen erlangt die deutschoberschlesische Steinkohlenindustrie nach Oesterreich ihre Handelsfreiheit wieder und ist bei der Ausfuhr weder bezüglich der Menge noch des Preises der zu exportierenden Kohle beschränkt.

Gottesdienst-Ordnung:

Katholische Pfarrgemeinde Pleß.

Sonntag, den 26. März:

$6^1/_2$ Uhr stille hl. Messe.

$7^1/_2$ Uhr: polnisches Amt mit Segen u. poln. Predigt.

9 Uhr: deutsche Predigt und Amt mit Segen für † Johann Damek.

$10^1/_2$ Uhr: polnische Predigt u. Amt mit Segen.

Evangelische Gemeinde Pleß.

Sonntag, den 26. März.

8 Uhr: Deutscher Gottesdienst.

$9^1/_4$ Uhr: Polnische Abendmahlsfeier.

$10^1/_4$ Uhr: Polnischer Gottesdienst.

Jüdische Gemeinde Pleß.

Sabbath, den 25. März.

10 Uhr: Hauptandacht und Neumondweihe, Wochenabschnitt Wojakhel-Pekude.

16 Uhr: Jugendandacht im Gemeindehause.

18,50 Uhr: Sabbath-Ausgang.

Dienstag, den 28. März.

Rosch-Chodesch Nissan 5693.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block, Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pleß, Sp. z ogr. odp.", Pszczyna, ul. Piastowska 1

Einige Nachrichten aus dem I. Schlesischen Kriege (1740—42) betreffend die Herrschaft Pleß.

Von Georg Büchs.

(1. Fortsetzung.)

In den letzten Oktobertagen sind auch tatsächlich die Möllendorffschen Dragoner in Pleß eingerückt. Der Regent der Herrschaft Pleß, Karl Friedrich von Holly, schreibt über den Einmarsch der Truppen am 2. November 1741 folgendermaßen an den Grafen von Promnitz:

„Also berichte hierdurch gehorsamst, daß der kommandierende General, Titul. Herr von Möllendorff, den 29. Oktober, der Stab aber nebst der Leibeseskadron den 31, ejusdem allhier und andere 2 Eskadrons in Nikolai und Berun wirklich eingerückt. Die zu ihrem Unterhalt benötigte Fourage wird in den Städte von Seiten der Kammergüter zusammengeführet, und nicht wie ehemals durch die konstituierten Proviantschreiber, sondern durch die preußischen Offiziere übernommen. Jedoch hat man unserseits gewisse Personen beordnet, welche bei dieser Ablieferung dem Quartierstand assistieren und die Richtigkeitspflegung besorgen sollen. Bis dato ist allhier in Pleß das Campartement ganz raisonable. Wie es aber zu Nikolai und Berun ergehen werde, wird von dem Herrn Jägermeister, so sich an beider Oerter verfüget, zu vernehmen sein. Der General hat das Schloß, und insbesondere als ein abgelebter Herr, die zeitherige Rentkammer bezogen . . . In der Wybranzenstube soll die Wache sein."

Der im letzten Brief erwähnte Jägermeister Näfe schreibt dem Grafen am 4. Nov. 1741:

„Anbei habe ich Euer Hochgräflichen Gnaden untertänigst nicht verhalten wollen, daß ich von der löblichen Regierung bis in das märkische Kätscher zur Uebernahme des Herrn General von Möllendorf nebst 3 Eskadrons Dragoner bin geschicket worden und solche auch glücklich in die Standquartiere gebracht. Es ist aber der Herr Hauptmann Portatius von Berun gestrigen Tages anhero kommen und dem Herrn General vorgestellet, wie daß die Pferde gar sehr dicke beinahe stünden. So ist bei der Regierung resolvieret, daß ein Lieutenant mit 40 Pferden nach Lendzin einquartieret werden soll. Dahero werde ich morgen in aller Frühe mich dahin verfügen, um das Nötige dabei zu veranlassen."

Die Offiziere nutzen den Aufenthalt in der Plesser Waldgegend aus und schießen unerlaubter Weise das Wild. Der Jägermeister wird daher beim General von Möllendorf dieserhalb vorstellig. Der General verspricht es ihm, den Offizieren das Abschießen des Wildes zu verbieten.

„Den Herren Offizieren in Nikolai und Berun ist zu einem Stück Rotwild geschenkt worden."

Einen ähnlichen Brief schreibt Näfe am gleichen Datum an den Verweser der Herrschaft Sorau.

4. 11. 1741.

„Es wird unfehlbar bewußt sein, daß wir eine starke Einquartierung bekommen haben, und nicht imstande sein, dieselbe durch den ganzen Winter zu erhalten. Der Herr General ist wohl ein guter Herr und verspricht gutes Kommando zu halten, aber mit Gottes Hilfe wollen wir erwarten, daß bei der Konferenz zu Neustadt eine Aenderung geschehen wird, denn es hat der opplische Herr Landeshauptmann an unseren Herrn Landeshauptmann geschrieben, daß von seiten der Standesherrschaft Pleß 2 Deputierte nach Neustadt abgeschicket werden sollen und den 6. auf die Nacht dahinkommen, also ist der Herr Landeshauptmann nebst dem Herrn von Skrbenski heute nachmittags dahin abgereiset. Maßen nun bei diesem Einmarsch der Kgl. preußischen Truppen die Besorgung, die Stadtquartiere zu beziehen, von der Regierung kommentieret, als bin ich bis in das mährische Städichen Kätscher gegangen und alsda mit dem Herrn General von Möllendorff wegen der Märsche verabredet, denn sie haben kleine Märsche gehabt, nicht über 2 Meilen marschieren wollen, jedoch habe ich es mit dem opplischen Kommissari so eingerichtet, daß aus dem Ratiborischen in die Stadtquartiere eingerücket, ausgenommen die Eskadron die nachher Berun kommen, die haben müssen eine Nacht Station zu Czwiklitz assignieren, sonsten, wenn ich sie geradewegs hätte führen sollen, das Kammergut Wyrow treffen müssen." (Forts. folgt.)